
SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

Soziale Netzwerke und Kompetenz stärken

Die antiquierte Denkweise, Menschen mit Behinderung seien generell nicht belastbar, nicht so leistungsstark wie gesunde Mitarbeiter, gehöre für ihn der Vergangenheit an. Auch wenn die Anforderungen im Polizeivollzugsbereich stetig stiegen, sei es trotzdem für Menschen mit Behinderung möglich, diese Aufgaben zu erfüllen, sagte der schleswig-holsteinische Innenminister, Andreas Breitner, zu Beginn der 34. Jahresarbeits-tagung der Gesamt- und Hauptschwerbehindertenvertretungen der Polizei des Bundes und der Länder Anfang Mai in Bad Segeberg.

Die Tagung stand unter dem Leitthema „Handlungsempfehlungen für die Beurteilungen von behinderten Beschäftigten in der Polizei der Bundes und der Länder“. In konstruktiven und sehr anregenden Diskussion wurden individuelle Lösungsansätze und Erfahrungen der Länder ausgetauscht.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 34. Jahresarbeits-tagung der Gesamt- und Hauptschwerbehindertenvertretungen der Polizei des Bundes und der Länder Anfang Mai in Bad Segeberg.
Foto: AGSV Polizei Bund/Länder



SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

Breitner sowie Landespolizeidirektor Ralf Höhs hatten die 30 Teilnehmer aller Bundesländer, des Bundeskriminalamtes (BKA) und der Bundespolizei am Ort der Karl-May-Festspiele begrüßt. In seinem beeindruckenden Grußwort legte der Innenminister einen großen Stellenwert auf die Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Polizei Schleswig-Holstein, nicht nur im Tarifbereich, sondern auch im Polizeivollzug.

Festgestellt wurde insgesamt, dass die Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen habe. Höhs bestätigte in seinen Ausführungen zum Gesundheitsmanagement, dass die Fachkompetenz der Schwerbehindertenvertretungen und die gemeinsamen frühzeitigen Bemühungen um Prävention und Wiedereingliederung wichtige Erfolgsfaktoren seien.

Eine Arbeitsgruppe hatte sich bereits vor der Tagung intensiv mit dem Leitthema auseinandergesetzt und die Beurteilungsrichtlinien der Länder sowie die Entwicklung der Rechtsprechung zu diesem Schwerpunkt ausgewertet. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen waren eine wichtige Diskussionsgrundlage und können den Schwerbehindertenvertretungen künftig als hilfreiche Arbeitsgrundlage dienen.

Vorbildliches Gesundheitsmanagement

Ein Höhepunkt der Tagung war die Besichtigung und der Erfahrungsaustausch mit dem Betriebsrat und der Schwerbehindertenvertretung im Dräger-Werk in Lübeck. Die breite Palette der vielfältigen Sicherheitsprodukte für Gesundheit, Sicherheit und Leben waren für viele Teilnehmer überras-

chend. Das vorbildliche Gesundheitsmanagement im Unternehmen machte überzeugend deutlich, dass hier der Mensch im Mittelpunkt steht und mehr als nur ein Wirtschaftsfaktor ist.

Mit Impulsen für die Arbeit starteten die Teilnehmer am vorletzten Tag in Workshops, um aktuelle Schwerpunkte und Themen zu erörtern. Im Ergebnis wurde eine Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit in der Polizei“ beschlossen. Ziel ist es, beispielsweise für Bestandsgebäude in der Polizei Mindestanforderungen der Barrierefreiheit zu definieren und durch die Bündelung von Fachwissen im Bereich barrierefreie IT-Anwendung Hilfestellung zu geben.

Diskussionsthema „Zucker“

Das Thema „Diabetes mellitus in der Polizei“ ist immer wieder Anlass für



„Die Denkweise, Menschen mit Behinderung sind generell nicht belastbar, nicht so leistungsstark wie gesunde Mitarbeiter, gehört der Vergangenheit an.“



Andreas Breitner,
Innenminister Schleswig-Holstein

Diskussionen landauf wie landab. Die Mitglieder dieses Workshops waren nach dem bundesweiten Erfahrungsaustausch zum Ergebnis gekommen, dass es in der Mehrzahl der Bundesländer eine angemessene individuelle Einzelfallprüfung und -lösung bereits gibt. Jedoch werde im Umgang mit diesem Thema die Notwendigkeit einer weiteren Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung aller Beteiligten gesehen. Im Sprachgebrauch sollte deutlich werden, dass es angesichts der unterschiedlichen und vielfältigen Krankheitsauswirkungen nicht „den Diabetiker“ gibt.

Die individuellen Auswirkungen der Erkrankung im konkreten

Einzelfall seien ausschlaggebend und müssten Grundlage für eine ergebnisoffene Prüfung der funktionsbezogenen Weiterverwendung im Polizeivollzugsdienst sein. Diese seien durch die Weiterentwicklung im medizinischen wie therapeutischen Bereich besser als noch vor zehn Jahren. Gute Sport- und Gesundheits-Präventionsprogramme trügen dazu bei, der Entstehung dieser Erkrankung entgegenzuwirken.

Kontakte intensivieren

Einig waren sich die Teilnehmer sowohl bei der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Fachverbänden, wie auch bei der stärkeren Kontaktaufnahme zu politisch Verantwortlichen. Weiterhin bescheinigten sie dem Sozialgesetzbuch (SGB) IX, dass es ein „gutes Gesetz“ sei. Es müsse aber zu einem Behindertengesetz im Sinne der Inklusion weiterentwickelt werden. Jeder Verkehrssünder werde für Verstöße entsprechend bestraft, die

Verletzung der Menschenrechte im Schwerbehindertenrecht dürfe nicht sanktionslos bleiben.

Wertschätzung

Die Wertschätzung der Fachkompetenz der Schwerbehindertenvertreter zeigte die Einladung der Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei NRW, Erika Ullmann-Biller, Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft, am 8. Mai zum Fachgespräch von Union und SPD in den Bundestag. Dorthin waren auch Fachleute wie Prof. Franz Josef Düwell, Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a. D., Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), ver.di, und Vertreter des Arbeitgeberverbandes gebeten worden.

Petra Müller
Vorsitzende der AGSV Polizei
Bund/Länder
Landespolizeiinspektion Saalfeld

